

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

Nr. 6

Dezember 1970

Preis S 3.—

Bei den Gedenkstätten

Eine starke Gruppe von Mitgliedern des niederösterreichischen Landesverbandes der Kameradschaft der politisch Verfolgten — Opfer, Angehörige und Hinterbliebene nach Opfern — versammelte sich am Leopolditag in Wien, um Erinnerungsstätten und Gedenkkränze zu Ehren der Männer und Frauen des österreichischen Widerstandes in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zu besuchen.

Im Justifizierungsraum des Landesgerichts für Strafsachen, wo Marmortafeln mit langen Namensreihen von Tapferkeit und Schreckenszeit Kunde geben, und im Weiheraum des Leopold-Figl-Hofes, der anstelle des berüchtigten Gestapogebäudes am Morzinplatz errichtet wurde, hinterlegte Landesobmann Hofrat Doktor Mohr in Begleitung der Obmannstellvertreter Hofrat Kos und Altbürger-

meister Zach sowie der übrigen Landesleitungsmitglieder Kränze zu Ehren der Pioniere der Zweiten Republik. In das Gebet, das Religionsprofessor Friedl, Amstetten, im Gedenken an die Verstorbenen sprach, stimmten alle Teilnehmer an der Gedächtnisfahrt ergriffen ein.

Anschließend besuchten die Niederösterreicher das Dokumentationsarchiv im „Alten Rathaus“ in der Wipplingerstraße, wo Bundesobmann Gemeinderat Leinkauff und der Kustos des Archivs, Szokoll, für die Erläuterung von Sinn und Ziel dieser im wesentlichen von den drei Opferverbänden geschaffenen Institution sorgten. Beim Mittagmahl in einem Restaurant der Innenstadt richteten der Bundesobmann und Kam. Kittel vom Wiener Landesvorstand herzliche und besinnliche Worte

an die Freunde aus Niederösterreich, die ihnen mit starkem Beifall dankten. Der Nachmittag des Wiener Treffens der Niederösterreicher war dem Besuch des Heeresgeschichtlichen Museums im Arsenal gewidmet, wo es Museumsdirektor Hofrat Dr. Allmayer-Beck persönlich übernommen hatte, mit Assistenz einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin die Kameraden und Kameradinnen durch die Museumsräume zu führen und auf die beachtenswertesten Exponate hinzuweisen. Der Rückblick auf Österreichs großartige Rolle in der europäischen Geschichte, den dieser Rundgang vermittelte, brachte allen Teilnehmern in einprägsamer Weise zu Bewußtsein, wie notwendig ihr Kampf um Österreich war und welches hohe Erbe sie zu verteidigen hatten, als sie sich in den sieben Jahren der Unterdrückung mit Hab und Gut und Leib und Seele gegen den fremden Geist zur Wehr setzten.

Dem nö. Landesobmann Hofrat Mohr gebührt besonderer Dank für die Veranstaltung dieser Exkursion.



Die niederösterreichische Delegation vor dem Gedenkstein auf dem Morzinplatz am Wiener Donaukanal. Ganz rechts Hofrat Dr. Mohr.

Strasser gründet Nazibund

Einen Kampfbund gegen den Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland gründete der Rechtsextremist und Altnazi Otto Strasser „zusammen mit politischen Freunden“ in Frankfurt (Main). Der ehemalige „Kampfgefährte“ Hitlers und Führer der „Schwarzen Front“ will mit der „Liga deutscher Patrioten“ eine „überparteiliche nationale Loge“ zur Bekämpfung des Moskauer Vertrages schaffen, berichtet der westdeutsche Pressedienst „Politik und Wirtschaft“ in seiner jüngsten Ausgabe.

Ehrung für Franz Kittel

Unserem Kameraden Kommerzialrat Franz Kittel, stellvertretender Wiener Landesobmann, wurde vom Bundespräsidenten das goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik verliehen. Bundesobmann Hans Leinkauf hat dem Kameraden Kittel dazu in herzlichen Worten gratuliert. Kittel hat nicht nur seit 1945 im politischen Leben Österreichs eine hervorragende Rolle gespielt und sich um seinen Berufsstand verdient gemacht, er hat sich auch um den Aufbau der ÖVP-Kameradschaft große Verdienste erworben und sich vor allem viele Jahre der redaktionellen Leitung der Verbandszeitschrift „Der Freiheitskämpfer“ gewidmet. Mit der Verleihung des goldenen Ehrenzeichens wurde dem Kameraden Kittel eine verdiente Auszeichnung zuteil.



Nationalfeiertag ohne Festsitzung

Das Österreichische Nationalinstitut sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Nationalrat heuer zum erstenmal mit der Tradition eines halben Jahrzehnts gebrochen und am Nationalfeiertag keine Festsitzung abgehalten hat. Gerade die angespannte innenpolitische Lage hätte es geboten erscheinen lassen, über einseitige Erwägungen hinaus die nationale Übereinstimmung aller Österreicher vor allem am 26. Oktober im Hohen Haus zu demonstrieren. Der Vorstand des Nationalinstituts hat diese seine Auffassung auch dem Nationalratspräsidium mitgeteilt und in einem Schreiben an den

Bundeskanzler mit Bedauern vermerkt, daß bei den Gesprächen, die am 26. Oktober im Bundeskanzleramt über die Zukunft Österreichs stattgefunden haben, die Vertreter der patriotischen Verbände und der Organisationen der Opfer des Nationalsozialismus nicht einmal eingeladen waren. Außerdem wurde auf das völlige Versagen des Fernsehens am Nationalfeiertag hingewiesen und für 1971 ein Alternativvorschlag vorgelegt. Das Institut hat für 11. März 1971 zu einem Symposium eingeladen, auf dem die patriotischen Verbände und die Opferorganisationen entsprechende Initiativen für den Nationalfeiertag 1971 beschließen sollen.

Mit Sorge

Die politisch Verfolgten aller Partei-richtungen sind sicherlich einhellig der Meinung, daß die derzeitige politische Situation in Österreich wenig zufriedenstellend ist. Sie ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es den Freiheitlichen endlich geglückt ist, von ihrem Aschenbrödelabschied zu nehmen und sich eine Rolle zuzulegen, deren Bedeutung weit über das wahre Gewicht dieser Partei hinausgeht. Die FPÖ ist heute so gut wie eine Quasi-Koalitionspartei, die zumindest für eine bestimmte Zeit und auf einem Gebiet von entscheidender Bedeutung durch einen Pakt an die SPÖ gebunden ist, die ihre eigene Handlungsfreiheit weitgehend aufgegeben und der SPÖ damit zum Überleben jedenfalls für die Zeit der Budgetberatungen verhol-fen hat.

Dabei muß festgehalten werden, daß es die SPÖ war, die den Freiheitlichen zu dieser Rolle verhol-fen hat. Der Aufstieg der Freiheitlichen aus der Bedeutungslosigkeit war erst gesichert, als die Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition scheiterten und die SPÖ um Unterstützung für ihre Minderheitsregierung Ausschau halten mußte. Wir wissen, daß starke Kräfte in der SPÖ über diese Entwicklung alles andere als glücklich sind. Doch erwies Kreisky sich bisher immer noch als stärker. Daß er sich relativ bedenkenlos die Unterstützung der Freiheitlichen erkaufte, ist nicht weiter verwunderlich. Bei der Grundlegung der Zweiten Republik durch die beiden großen Parteien, die für diese zu einer Verpflichtung auch für die Zeit nachher wurde, war Kreisky nicht dabei, er fühlt sich durch die Gelöbnisse der Männer und Frauen in den Konzentrationslagern offenbar nicht gebunden. Kein Wunder, daß die Männer und Frauen der Ersten Stunde die Entwicklung mit großer Sorge verfolgen. Sie hoffen, daß diese Sorgen unbegründet sein mögen, sie hoffen aber auch darauf, daß der Geist der Gründer der Republik sich nicht endgültig verflüchtigen wird.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest

und

Zufriedenheit im neuen Jahr

wünschen allen Lesern, Inserenten und Mitarbeitern



das Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft
der politisch Verfolgten

Redaktion und Verwaltung
des Freiheitskämpfers

Ein ewiger Beruf

Kürzlich lasen wir die folgende Satire, deren bitteren Ernst wohl niemand übersehen kann. Der Autor, Gabriel Laub, 28, Hamburg, weist die beklemmende Aktualität des Problems über das Ende der klassischen Konzentrationslager hinaus nach.

Bereiten Sie sich auf den Beruf des politischen Häftlings vor! Noch heute! — Morgen ist es vielleicht schon zu spät! Der Beruf eines politischen Häftlings ist der einzige, der keine Werbung braucht. Es ist der meistverbreitete Beruf der Welt, denn die Menschheit des XX. Jahrhunderts teilt sich in politische Häftlinge, ehemalige politische Häftlinge und jene, die jederzeit politische Häftlinge werden können.

Es ist der demokratischste Beruf der Welt, denn politischer Häftling kann jeder werden — Laie und Priester, Weißer und Schwarzer, ein Armer, ein ganz Armer und sogar auch ein Reicher, alt oder jung.

Dieser Beruf ist in keiner Weise geographisch begrenzt. Überall in der Welt gibt es politische Häftlinge — bis auf jene Staaten, wo man sich ihrer auf genial einfache Weise entledigt: Dort wird niemandem der Charakter eines politischen Häftlings zugestanden und jeder, den man einsperrt, wird als gemeiner Verbrecher behandelt. Und da den Herren dort dabei gar nicht einfällt, damit aufzuhören, Leute ihrer Ansichten wegen einzusperrern, ergibt sich daraus:

Der Beruf eines politischen Häftlings ist der einfachste Beruf der Welt. Wenn Sie auf irgendeine andere Weise ins Gefängnis kommen wollen, müssen Sie sich physisch oder geistig anstrengen: jemanden umbringen, bestehlen, vergewaltigen, betrügen... Um politischer Häftling zu werden, brauchen Sie überhaupt nichts zu tun! Es genügt einfach, daß man Sie einsperrt.

Einsperrern kann man Sie einer bloßen Meinung wegen, doch auch das muß nicht sein, denn es ist ganz egal, was für Ansichten Sie Ihrer Ansicht nach haben. Wichtig ist nur, was für Ansichten Sie nach Ansicht jener haben, die darüber entscheiden.

Sie können einwenden, in vielen Staaten gebe es doch Gesetze, die verbieten, daß der Mensch seiner Meinung wegen zum Gefangenen wird.

Das stimmt schon, liebe Freunde, doch es ist kein Hindernis für Ihre Karriere eines politischen Häftlings. Die Gesetze gelten für jeden nur solange, als er nicht zum politischen Häftling wird. Das größte Privilegium der politischen Häftlinge ist, daß keine Gesetze für sie gelten. Es gibt keine Verfassung auf der Welt, die es so

oder so nicht verbietet, Menschen ihrer Überzeugung wegen festzusetzen — und trotzdem gibt es politische Häftlinge!

Im übrigen, warum sollte man Sie Ihrer Ansichten wegen einsperren, wenn es so viele andere Möglichkeiten gibt? Wer nach Gerechtigkeit ruft, kann wegen Hausfriedensbruch festgenommen werden. Und wer nicht ruft, den kann man wegen strafbarer Fahrlässigkeit belangen. Wenn Sie sich gegen die Gewalt wehren, kann man Sie wegen Behinderung von Amtshandlungen verhaften. Und wenn Sie sich nicht wehren, ist es ein so eindeutiges Bekenntnis der eigenen Schuld, daß Sie sich gar nicht wundern dürfen, wenn man Sie hinter schwedische Gardinen steckt.

Sobald Sie eingesperrt sind, ist alles in Ordnung, denn — wie schon gesagt — die einzige Bedingung dafür, daß der Mensch zum politischen Häftling wird, ist, daß man eingesperrt ist. Sonst wird nichts anderes von einem verlangt, alles übrige besorgen schon andere. Der Beruf eines politischen Häftlings ist ein Beruf mit unbegrenzten Möglichkeiten. Sie können politischer Häftling werden um dessentwillen, was Sie sind und dafür, was Sie nicht sind, dafür, daß Sie gegen etwas sind oder auch gegen etwas nicht sind. Es gibt Leute, die sitzen in Ländern mit antireligiöser Staatsideologie ihrer religiösen Überzeugung wegen im Kerker, und auch in Staaten, deren Ideologie sich auf die Religion stützt; es gibt Leute, die lange Jahre ihrer kommunistischen Überzeugung wegen in antikommunistischen Ländern im Gefängnis saßen und dann aus dem gleichen Grund noch weitere Jahre in einem kommunistischen Staat.

Der Weg zur Karriere eines politischen Häftlings steht jedem offen. Wir verbergen nicht: Bildung, Charakter, selbständiges Denken und eigene Meinung können den Fortschritt zu dieser Karriere beschleunigen, doch man kann sie auch ohne diese Eigenschaften machen.

Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes wünscht allen Widerstandskämpfern ein glückliches neues Jahr und dankt für die bisher geleistete Hilfe.

Der Präsident:

Hofrat Dr. Max Neugebauer

Der Sekretär:

Prof. Herbert Steiner

Die Vizepräsidenten:

Gend.-Oberst Dr. F. Käs, Domvikar
Prof. J. Pinzenöhler, Sekt.-Rat
Doktor Kurt Skalník

Ständige Ausstellung im Alten Rathaus, Wien. Gedenkstätte im Leopold-Figl-Hof, Saltzorgasse 6.

An einem Tisch

Der Vorstand des Kriegsofferverbandes wird sich nach einer Mitteilung seines Präsidenten Karrer Anfang Februar mit dem Vorschlag des Präsidiums des KZ-Verbandes beschäftigen, gemeinsame Aktionen der Opferverbände und des Kriegsofferverbandes durchzuführen. Präsident Karrer betonte, er stehe zu diesem Gedanken einer Zusammenarbeit grundsätzlich positiv. Das kann im Prinzip sicher auch von den Opferverbänden gesagt werden. Die Zeiten, da die Verbände der politisch Verfolgten und jene der Kriegsteilnehmer einander mit mehr oder weniger großer Reserve gegenüberstanden, sind zweifellos vorbei. Man wird bei der allfälligen künftigen Zusammenarbeit allerdings darauf achten müssen, daß diese nicht zu politischen Propagandaaktionen, sondern tatsächlich zu einer ersten Arbeit im Sinne gegenseitiger Unterstützung bzw. gemeinsamer Interessen benützt wird.

Vorbilder für eine gemeinsame Aktion von Kriegsoffern und politisch Verfolgten gibt es auch auf internationaler Ebene.

Versetzung war möglich

Immer wieder behaupten ehemalige KZ-Kommandanturangehörige, es habe keinen Weg aus den Mordlagern gegeben. Nun liegt wieder ein Beweis dafür vor, daß es solche Möglichkeiten sehr wohl gegeben hat. Im sogenannten Stangl-Prozeß vor dem Düsseldorfer Schwurgericht erschien der ehemalige Verwaltungschef des Vernichtungslagers Sobibor, Schütt, dessen Erinnerungsvermögen offenbar ausgezeichnet ist.

Schütt, bereits im Hagener Sobibor-Prozeß freigesprochen, war nach seiner Verwaltungstätigkeit in den Mordanstalten Grafeneck und Hadamar nach Sobibor versetzt worden. Vier Monate nach dieser Versetzung erhielt er Urlaub, während dessen Verlauf er sich in Berlin in der berühmten Tiergartenstraße 4 meldete und erklärte, er werde nicht nach Sobibor zurückkehren, sondern wolle zum „Dienst mit der Waffe“ eingezogen werden. Dieser Weigerung wurde entsprochen, Schütt zur Front abkommandiert und in keiner Weise behelligt.

21. Novelle

Wir werden in der nächsten Folge des „Freiheitskämpfers“ noch einmal eingehend über die 21. Novelle zum Opferfürsorgegesetz berichten, das einige wesentliche Wünsche der Opfer erfüllt, und auch nochmals auf die Tabelle der Entschädigungssätze eingehen, um allen Kameraden einen klar verständlichen Überblick über den neuesten Stand der Opferfürsorgegesetzgebung zu geben. Wir bitten um Verständnis, daß wir diesen Bericht aus technischen Gründen erst in der nächsten Nummer bringen können.

Werner Winetzhammer

Mit den Beamten begann es

Der folgende Beitrag gewann angesichts der Diskussion um das Beamtentum, ausgelöst durch den Besuch des Bonner SPD-Ministers Ehmke bei der SPÖ in Wien, besondere Aktualität.

Am 8. Dezember vor 40 Jahren gelang der NSDAP der wohl entscheidendste Vorstoß am Weg zur Machtübernahme in Deutschland. Obwohl sie bei den Landtagswahlen in Thüringen nur 11% der Stimmen erhielt, konnte sie durch geschicktes Paktieren die zwei wichtigsten Posten in der Landesregierung besetzen. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Frick vereinigte in seiner Person das Innen- und das Volksbildungsministerium. Ministerpräsident und Angehöriger der Landvolkpartei Baum wird von ihm innerhalb kürzester Zeit völlig an die Wand gespielt. Mit zielstrebigster Brutalität macht sich Dr. Frick an die Besetzung von Schlüsselpositionen durch Nationalsozialisten heran, unbequeme Gegner werden einfach abgeschoben. Die Aktion nimmt einen solchen Umfang an, daß Reichsinnenminister Severin nach mehreren erfolglosen Interventionsversuchen am 20. März 1930 die Zahlung der Reichszuschüsse an Thüringen einstellen läßt.

Damit scheint den Bestrebungen Doktor Fricks zumindestens vorerst ein Riegel vorgeschoben. Doch der Zufall und die Uneinigkeit ihrer demokratischen Gegenspieler leisten der NSDAP unerwartete Schützenhilfe. Das Kabinett Müller, dem Severin als Innenminister angehört, tritt eine Woche später zurück. Der neue Reichsinnenminister Wirt verfügt als eine seiner ersten Maßnahmen die Aufhebung der Zuschußsperre. Ermutigt durch diesen Erfolg und im Vertrauen auf die Schwäche seiner Gegner setzt Dr. Frick sein „Reformwerk“ nur noch verstärkt fort. Im selben Monat noch wird auf Antrag der NSDAP ein — wie es verschämt heißt — Ermächtigungsgesetz zur Durchführung von Sparmaßnahmen und zum Personalabbau beschlossen.

Damit ist der Weg frei für eine Säuberung des Beamtensapparates und die Einschleusung von Nationalsozialisten in die Verwaltung. Was man unter Personalabbau versteht, wird deutlich, als Prof. Schulze Leiter der vereinigten Kunstanstalten und später Beauftragter für alle höheren Lehranstalten und der „Rassenforscher“ Dr. Günther gegen den Willen der Fakultät zum ordentlichen Professor der Universität Jena ernannt wird.

Proteste, die sich daraufhin da und dort erheben, hindern Dr. Frick nicht, am 17. Mai 1930 den entscheidenden Schlag zu führen: Die thüringische Landpolizei wird zentralisiert und direkt dem Innenminister unterstellt. Polizeidirektor wird der ehemalige Bäckermeister Hellwig, Leiter der Kriminalpolizei der SA-Mann Ortlepp, der später noch traurige Berühmtheit erlangen sollte. Nun beginnt die „Reform“ seltsame Blüten zu treiben. Mittels Ministererlaß wird sogar das Schulgebet „im Sinne deutscher Kultur und deutschen Wesens“ verändert.

Inzwischen beginnt sich zögernd eine Abwehrfront zu bilden. Das Reichsinnenministerium protestiert gegen die Bestellung von Hellwig und Ortlepp, die NSDAP aber, ermutigt durch den Erfolg bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, bei denen sie 107 statt vorher 12-Mandate errungen hat, zeigt sich unnachgiebig. Wieder muß der Innenminister zum, wie er glaubt, letzten Mittel greifen: Sperre aller Staatsgelder an Thüringen, doch zeigt sich Dr. Frick auch

davon unbeeindruckt. Am 22. Dezember 1930 schließt Reichsinnenminister Wirt mit Dr. Frick einen Vergleich, um den Anschein einer völligen Niederlage zu vermeiden. Damit beginnt in Thüringen drei Jahre früher als im übrigen Deutschland das nationalsozialistische Terrorregime.

H. C. Artmanns „deutsche“ Mundart

Nach der Mitteilung des Wiener „Express“ vom 26. September 1970, S. 2, erklärte der durch seine in eigentümlicher Mundart verfaßten Bücher bekannte Autor H. C. Artmann auf einem Presseempfang anlässlich der Frankfurter Buchmesse 1970, der vom österreichischen Handelsdelegierten veranstaltet wurde, wörtlich: „Ich habe zwar bei der Geburt einen österreichischen Paß aufgetrottelt bekommen, fühle mich aber als deutscher Schriftsteller.“ Wir sind nur neugierig, ob die amtliche österreichische Kulturpolitik von dieser Erklärung des Herrn Artmann Kenntnis nehmen und daraus die einzig möglichen Konsequenzen ziehen wird.

NPD zeigte Brandt an

Im Zusammenhang mit der vehementen Opposition der westdeutschen NPD gegen den Moskauer „Unterwerfungsvertrag“ zwischen der Sowjetunion und der Regierung Brandt, wobei die NPD die CDU/CSU-Opposition rechts zu überholen versucht, kündigte der bayerische Landesvorsitzende und Stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Pöhlmann, nun an, er habe zusammen mit anderen Parteifunktionären gegen Bundeskanzler Brandt Strafanzeige wegen „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“ nach § 84 m, Strafgesetz erstattet. Die NPD zieht als Begründung für diese Anzeige das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die KPD vom Jahr 1956 heran, in dem es heißt, alle politischen Organe seien verpflichtet, die Rechtseinheit Deutschlands mit allen Mitteln anzustreben und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung rechtlich oder faktisch unmöglich macht. Nach der Meinung der NPD ist das beim Moskauer Vertrag der Fall.

Nazi-Schallplatten zugelassen

In der Bundesrepublik Deutschland dürfen Schallplatten mit Texten sogenannter „Führerbefehle“, Siegesmeldungen und Kriegsberichten, umrahmt von Marschliedern aus der Kriegszeit, verkauft werden. Nach einem Urteil des Kölner Landgerichts vom 23. April muß die Herstellerfirma nur ein Hakenkreuz auf der Plattenhülle unkenntlich machen. Damit ist ein Streit entschieden, der im April 1968 mit dem Einziehungsbeschuß des Düsseldorfer Landgerichts wegen Verherrlichung des Krieges begonnen hat. Gegen diesen Beschuß hatte die Firma beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe Einspruch erhoben, woraufhin das Verfahren nach Köln verwiesen worden war. Das Kölner Gericht stellte jetzt fest, daß die Plattentexte und -melodien eine mit NS-Ideologie durchsetzte Geschichtsverfälschung darstellten, diese Gesichtspunkte nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes jedoch nicht zum Verbot wegen Verherrlichung von Nazi-Gedankengut ausreichen.

Das Denkmal in der Votivkirche

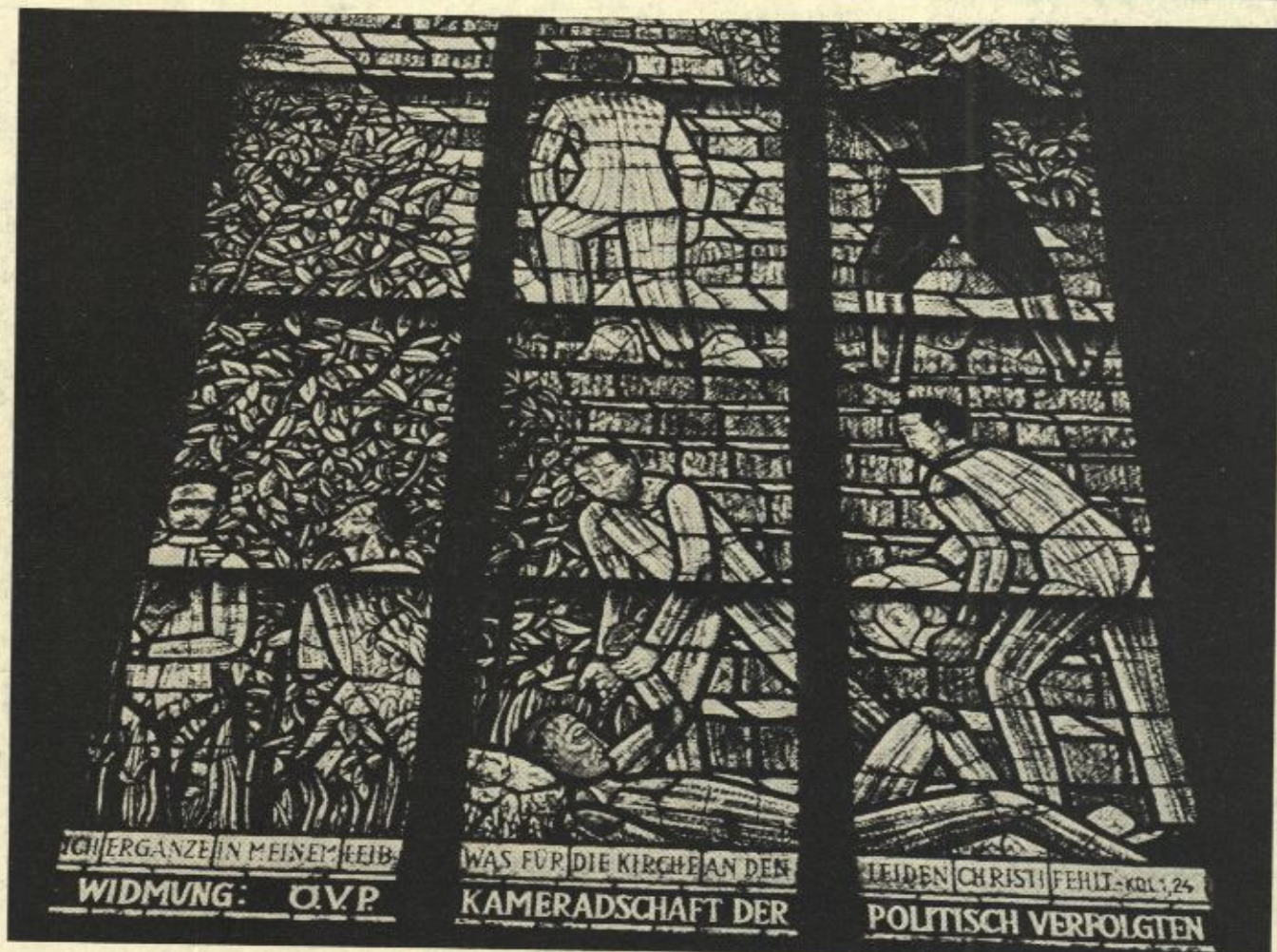
In der Votivkirche in Wien, jenem neugotischen, domartigen Gotteshaus vor dem Schottentor, das nach einem erfolglos gebliebenen Attentat auf Kaiser Franz Josef I. erbaut wurde, befindet sich auch ein Denkmal der politisch Verfolgten. Das vierte Fenster im Hauptschiff der Kirche wurde von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten gewidmet. Es zeigt eine Stiege, die als Todesstiege von Mauthausen beginnt und als Kreuzweg von Golgotha mit dem kreuztragenden Christus endet. Auf der Stiege schleppen Häftlinge unter der Aufsicht von Bewachungsmannschaften schwere Steine, in der linken unteren Ecke spendet ein Priester, durch Gebüsch halb verdeckt, einem Häftling die Losprechung. Der Priester trägt die Züge des von den Nationalsozialisten am 22. März 1945 ermordeten Wiener Kaplans Dr. Heinrich Maier.

Demonstranten

Wer es selbst erlebt hat, weiß es aus eigener Erfahrung, und wer das nicht mehr erlebt hat, weiß es vom „Herrn Karl“ — vom „Kronen-Zeitung“-Staberl somit taxfrei zur Quelle wissenschaftlicher Geschichtsforschung ernannt —, was es seinerzeit mit den „Fünfschilling-Manderln“ auf sich hatte. Sie gingen in die Geschichte als jene Zeitgenossen ein, die für das Demonstrieren zugunsten dieser oder jener politischen Bewegung Geld bekommen haben oder haben sollen. Ich bekenne mich als einer jener Marschierer von damals. Wir sind in den Reihen des Heimatschutzes allerdings aus purem Idealismus auf die Straße gegangen. Von den ominösen fünf Schil-

ling habe ich nichts gesehen. Da der Heimatschutz dem Innenministerium unterstellt war, könnte ich also eigentlich die fünf Schilling bei dessen heutigem Rechtsnachfolger, Herrn Minister Rösch, einklagen, selbstverständlich entsprechend aufgewertet. Doch Staberl kann mir glauben: Ich werde sie vom Innenminister heute ebenso wenig verlangen, wie ich — und viele andere — sie auch damals nicht verlangt haben. Es mag Leute geben, die nicht wegen ihrer Gesinnung, sondern wegen einiger weniger Schillinge auf die Straße gegangen sind oder gehen. Sie sind meist bedauernswerte arme Teufel, die sich da als billige Werkzeuge verwenden lassen. Deshalb sollte man aber nicht alle, die für dieses oder jenes Ziel auf die Straße gehen, zu Gesinnungslumpen erklären.

Hans Leinkauf



In Treblinka 900.000 Menschen vergast

Aussagen im Stangl-Prozeß

Zu neuen Ergebnissen hinsichtlich der Zahlen der ermordeten Juden in den drei deutschen Vernichtungslagern Treblinka, Belzec und Sobibor im ehemaligen Generalgouvernement Polen ist nach einer wissenschaftlichen Untersuchung der Politoologe und Historiker Dr. Wolfgang Scheffler gekommen, der im Stangl-Prozeß vor dem Schwurgericht Düsseldorf als Sachverständiger sein Gutachten abgab. Nach Schefflers Feststellungen sind in den Jahren 1942/43 im größten der drei Lager, im etwa 80 Kilometer nordöstlich Warschaus gelegenen Treblinka, nicht, wie bisher angenommen, 700.000, sondern 900.000 Menschen jüdischen Glaubens vergast worden. Die Gesamtzahl der Todesopfer bei der sogenannten Aktion Reinhard (vom Vornamen des Chefs der Sicherheitspolizei, Heydrich, abgeleitet) erhöht sich somit auf rund 1,7 Millionen.

Dr. Scheffler, der früher an der Freien Universität Berlin tätig war und seit 1967 an einem Forschungsauftrag der Universität Sussex (England) über die „Organisationsstruktur der Endlösung“ arbeitet, ist, wie er vortrug, zu seinen Ergebnissen gelangt auf Grund systematischer Auswertung bisher nicht bekannter oder nicht erschlossener Quellen.

Nach Schefflers Gutachten hatte die Aktion Reinhard am 22. Juli 1942 begonnen, also drei Tage nach Erlass des Himmler-Befehls vom 19. Juli 1942, in dem Himmler die „Maßnahmen“ damit begründet hatte, daß sie „im Sinne der Neuordnung Europas“ und im „Interesse der Sauberkeit des Deutschen Reiches“ lägen. Der Anfang war dann beim Getto Warschaus gemacht worden, dessen Bevölkerung (bis auf jenen kleinen Rest, der 1943 den Aufstand wagte) samt und sonders nach Treblinka deportiert und dort sofort vergast worden war, insgesamt 325.000 Menschen. Aus Stadt und Distrikt Radom fanden weitere 302.850 Juden den Tod in Treblinka, ferner 225.000 Gettobewohner aus Lublin, Bialystock und dem Distrikt Warschau. Die Gesamtzahl der Opfer aus Polen beträgt mithin 892.850; hinzu kommen noch 21.544 Juden aus anderen europäischen Ländern, und zwar 11.459 aus Bulgarien, 2000 aus Griechenland, 85 aus Wien und 8000 aus dem sogenannten Prominenten-KZ Theresienstadt.

Wie Scheffler in diesem Zusammenhang ausführte, hat sich die Gesamtzahl der Todesopfer für das Vernichtungslager Sobibor — ursprüngliche Annahme 250.000 — auf 160.000 noch nachträglich erfaßbare Menschen jüdischen Glaubens reduziert. Bei diesem Lager, dem einzigen, über das die Unterlagen immer noch

nicht komplett sind, komme jedoch eine Dunkelzahl hinzu, so daß mit insgesamt etwa 200.000 Toten gerechnet werden müsse. Bei dem dritten Vernichtungslager im Rahmen der Aktion Reinhard, dem Lager Belzec, hätten sich die an Hand einwandfreier Belege rekonstruierbaren Zahlen jedoch von 550.000 auf rund 600.000 erhöht. Während in Sobibor in

erster Linie Juden aus Holland, Deutschland, Frankreich und aus Lublin vergast worden seien, habe man in Belzec überwiegend die sogenannten „Umsiedler“ aus Galizien, Krakau und aus der Slowakei ermordet, fügte Scheffler noch hinzu.

In dem Prozeß vor dem Schwurgericht Düsseldorf muß sich der ehemalige Kommandant des Lagers Treblinka, der gebürtige Österreicher Stangl, wegen Ermordung von 400.000 Juden verantworten, eine Zahl, die sich jetzt nach dem Gutachten Schefflers jedoch voraussichtlich erhöhen wird.

Gegen Weltkriegs-Legenden

Historische Wahrheit wird erforscht

Ein Komitee zur wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges wurde im Januar 1968 in Luxemburg gegründet.

Dem Komitee gehören hervorragende Historiker, Juristen und andere Wissenschaftler an sowie namhafte Publizisten und Widerstandskämpfer. Sein Präsident ist Pierre Grégoire, Parlamentspräsident des Großherzogtums Luxemburg. Das Komitee hat bis jetzt drei Symposien veranstaltet. Das erste fand vom 27. bis 30. April 1969 in Luxemburg statt und befaßte sich mit dem Thema: „Nationalsozialistische Maßnahmen zur Täuschung des deutschen Volkes und der Weltöffentlichkeit“. Das zweite internationale Treffen stand unter dem Motto „Frieden und Verständigung“ und wurde am 7. und 8. Mai 1970 anlässlich des 25. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager und des Kriegsendes unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeister, Klaus Schütz, in Berlin abgehalten. Das Zagreber Symposium wurde im Einvernehmen mit der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste veranstaltet.

Das Internationale Komitee Luxemburg befaßt sich mit Themen, an deren Lösung die Geschichtsschreibung bisher gescheitert ist, oder die sogar in tendenziöser Form dargestellt wurden.

Aus der Themenwahl der bisherigen Symposien ist ersichtlich, daß sich das Luxemburger Komitee mit jenen Komplexen befaßt, die Deutschland und alle Länder, die sich während des Dritten Reiches mit Deutschland im Krieg befanden, umspannen. Die Struktur des Pariser Komitees gebietet, daß aus Gründen der heterogenen Zusammensetzung jedes heikle Thema vermieden wird. Demgegenüber

hat sich das Luxemburger Komitee nicht gescheut, gegen die Legendenverbreitung durch Historiker und Publizisten Stellung zu nehmen. Darin liegt seine große Bedeutung und das Ansehen, das es in so kurzer Zeit erwerben konnte, was während des Zagreber Symposions sehr deutlich zum Ausdruck kam.

Kärntner in Mauthausen

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Landesverband Kärnten, unternahm im Oktober mit einem Reisebus eine Kulturreise nach Mariazell, zur Magna Mater Austriae, in die Wachau und von dort nach Mauthausen, dem ehemaligen berüchtigten Konzentrationslager des Dritten Reiches, schließlich über St. Florian mit dem berühmten Stift und der Bruckner-Orgel nach Bad Ischl ins Salzkammergut. Schon in Stein bei Krems gedachten die Reiseteilnehmer der Kärntner Kameraden von der Antifaschistischen Freiheitsbewegung Österreichs, die in den letzten Tagen des Krieges, zum Tode verurteilt, von Wien in die Strafanstalt Stein gebracht wurden, wo sie dann hingerichtet wurden. Zwei Gedenktafeln am Eingang des Friedhofes erinnern an ihren Opfertod. In Mauthausen begrüßte der Landesobmann der ÖVP-Kameradschaft von Oberösterreich, Direktor Ing. Karl Serschen, die Kärntner Kameraden und führte sie durch das ehemalige Konzentrationslager. In der Gedächtniskapelle dankte der Landesobmann von Kärnten, Kriminaloberstleutnant i. R. Ferdinand Puanigg all jenen, die unerschütterlich, trotz unvorstellbaren Terrors, ihre Liebe und Treue zu Österreich mit Schweiß, Blut, mit Gesundheit und Leben besiegelt haben.

Dr. Ernst Joseph Görlich:

Ein falscher Titel

„Deutsch“ als Reichs- und als Volksname

Gegenüber den landläufigen Vorstellungen, daß schon die Germanen der Völkerwanderungszeit „alte Deutsche“ gewesen seien, muß die Wissenschaft zugeben, daß der Begriff „deutsch“ ursprünglich nur die Volkssprache im Gegensatz zur lateinischen Amts- und Gelehrtensprache des Mittelalters bedeutete. An und für sich hätte auch das Französische oder Italienische als „deutsch“, d. h. als „Volksprache“ bezeichnet werden können. In staatspolitischer Beziehung kannte man noch Jahrhunderte hindurch den Begriff „deutsch“ nicht. Karl d. Große (768–814) selbst nannte sich „König der Franken“, später „und der Langobarden“, seit der Kaiserkrönung zu Weihnachten 800 auch „imperator imperium Romanum gubernans (= Kaiser, das Römische Reich regierend).

Sein Enkel, der heute unter der historisch falschen Bezeichnung Ludwig „der Deutsche“ bekannt ist, nannte sich niemals so, sondern „König der Ostfranken“ (Rex Francorum orientalium). Man sollte sich endgültig bemühen, den falschen, eine deutschnationale Geschichtsklitterung begünstigenden Namen „der Deutsche“ zu streichen. Selbst Otto der Große (936–973) wird neben seinem Kaisertitel (Imperator Romanorum) „rex Saxonum“ (= König der Sachsen) genannt; sein Reich war den zeitgenössischen Urkunden nach kein „deutsches“ Reich, sondern „Francorum regnum“ (Fränkisches Reich) oder „Regnum Saxonum“ (= Sächsisches Reich). Es ist ferner interessant zu wissen, daß die mittelalterlichen Könige sich gewöhnlich auf fränkischem Stammesboden wählen ließen und daß sie, auch wenn sie keine Franken waren, nach fränkischem Stammesrecht lebten (bekanntlich gab es im Mittelalter das personale Recht, d. h. man lebte, wo immer man sich aufhielt, nach seinem Geburtsrecht). Der Begriff „Reich der Deutschen“ taucht zum erstenmal — nur vereinzelt — im Jahr 919 auf. Hier heißt es: „Bawarii sponte se reddiderunt Arnulfo duci et regnare eum fecerunt in regno Teutonicorum“ (= Die Bajuwaren gaben sich aus freien Stücken den Arnulf als Herzog und machten ihn zum König im Reich der Deutschen). Aber noch die späteren Könige nannten sich „Rex Romanorum“ (= König der Römer) und nicht „deutsche Könige“.

Niemand anderer als der bekannte Rechtshistoriker Heinrich Mitteis schreibt 1938 in seinem Buch über die „Deutsche Königswahl“: „Daß man aus dem fränkischen Königtum unmittelbar zum römischen Königtum gelangte unter Überspringung der naturgegebenen Zwischenstufe eines gesamt-deutschen Königtums, ... darin liegt wieder ein Stück von der Tragik der deutschen Geschichte.“ Das ging so weit, daß Kaiser Heinrich VII. (1190–1197) es für eine Beleidigung ansah, wenn er von Ausländern als „König von Deutschland“ und nicht als „römischer König“ angesprochen wurde. Dies bezeugt eine zeitgenössische Chronik, die Emil Meynen in seinem Buch „Deutschland und Deutsches Reich“ (Leipzig, 1935) zitiert.

In ähnlicher Weise verhält es sich auch mit dem Reichstitel. Der eben zitierte Emil Meynen schreibt: „Der Staat der Deutschen, das mittelalterliche Reich, trug seit Konrad II. den übernationalen Anspruch eines ‚Romanum Imperium‘, eines ‚römischen Reiches‘, das zugleich ein ‚Heiliges Reich‘ war.“ Und Meynen sagt an anderer Stelle, daß der Name „Deutsches Reich“ „im staatsrechtlichen Verkehr des Reiches ... bis zur Auflösung durch Kaiser Franz II. im Jahre 1806 nie angewandt worden ist“. Selbst der Begriff des „Heili-

gen Römischen Reiches deutscher Nation“ ist eine Mißdeutung der Historiker des 19. Jahrhunderts. Er entstand aus den beiden Paaren „Heiliges Römisches Reich und deutsche Nation“ und bedeutete gar nichts anderes als die Bezeichnung für jenen Teil des Heiligen Römischen Reiches, in dem Deutsch gesprochen wurde. Bekanntlich gehörten ja auch weite Teile Italiens und französischsprachiger Gebiete im Westen wenigstens formal zum Heiligen Römischen Reich. Aus dem Doppelbegriff „Heiliges Römisches Reich und deutsche Nation“ wurde dann das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“.

Schon 1910 erklärte der bedeutende deutsche Staatsrechtslehrer Karl Zeumer in einem Buch, daß sich der Begriff „Heiliges Römisches Reich deutscher Nation“ nur auf die Reichsgebiete deutscher Zunge bezog und nichts mit einem allfälligen Rechtsanspruch der Deutschen auf die Herrschaft in diesem Reich zu tun hat. Er erklärte auch ausdrücklich, daß man in ernsten wissenschaftlichen Schriften den Ausdruck „Heiliges Römisches Reich deutscher Nation“ nicht mehr werde verwenden dürfen. Länger werde es allerdings — wie Karl Zeumer feststellte — dauern, bis diese „hohl klingende Phrase“ auch aus der populären Literatur verschwunden sein werde. Leider hat sich Zeumer geirrt. Noch 1970 — und Zeumer schrieb 1910 — begegnen wir immer wieder, selbst in wissenschaftlich sein wollenden Veröffentlichungen, den von Zeumer in seiner Falschheit entlarvten Titel „Heiliges Römisches Reich deutscher Nation“ (und dazugehörend natürlich auch die „römisch-deutschen“ anstelle der „römischen Kaiser“). Mit einiger Rechtfertigung könnte man nur in der Zeit von 1804 bis 1806 von einem „Deutschen Reich“ sprechen. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches durch den Reichshauptdeputationsschluß von Regensburg 1803 wurde die Reichsverfassung auf völlig neue Grundlagen gestellt und Napoleon sprach — sich selbst als Nachfolger der römischen Kaiser betrachtend — von einem „Etat germanique“ (= deutschen Staat). Aber bereits 1806 ging mit der Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz II. dieses eben geschaffene Staatsgebilde wieder zugrunde.

Gemälde: Frist läuft ab

Die vom Finanzministerium festgesetzte Frist für im Krieg „verlagerte“ Kunstgegenstände läuft am 31. Dezember 1970 ab. Es handelt sich dabei um Gemälde und andere zum Teil sehr wertvolle Kunstgegenstände, deren Eigentümer bis heute unbekannt geblieben sind. Nachdem vor 14 Monaten in der „Wiener Zeitung“ eine Liste der Kunstgegenstände publiziert worden war, haben sich bis jetzt rund 300 Interessenten gemeldet. Weitere Personen, die glauben, Anspruch auf das herrenlose Gut zu haben, müssen zunächst ein amtliches Formular ausfüllen und den beanspruchten Gegenstand in allen Details beschreiben. Etwaige vorhandene Unterlagen müssen vorgewiesen werden. Die wertvollsten Stücke dürften Gemälde von Frans Hals und Maupertsch sein. Der Gesamtwert aller Gegenstände geht in die Millionen.

Die stillen Invasoren

Der Bundesverlag greift über den Ozean

Was die österreichische Fremdenverkehrswerbung (einseitig auf Deutschland ausgerichtet) zuweilen versäumt, das nimmt ein großräumig denkender und sehr aktiver Verlagsdirektor wahr. Wir meinen Dr. Peter Lalics vom Österreichischen Bundesverlag. Ein leider erst in englischer Sprache gebotenes sensationelles Werk stammt vom ehemaligen Kulturattaché E. Wilder-Spaulling und ist betitelt: „The Quiet Invaders“ (Die stillen Invasoren). Die Geschichte des österreichischen Geistesansturmes auf Amerika. Das Werk beweist den enormen geistigen Einfluß, den die Hunderttausenden von österreichischen Auswanderern (nicht erst vor und nach 1938) in den USA ausüben. Diese rekrutierten sich keineswegs nur aus „rassisch“ gefährdeten Flüchtlingen, waren doch mehr als 20 Prozent der nach den USA flüchtenden Österreicher konservative Österreicher, wie etwa E. K. Winter und Dietrich von Hildebrand. Zu diesen österreichisch-national gesinnten Gefährdeten gehörten bekanntlich Zernatto, Werfel, aber auch Nobelpreisträger, Physiker, Musiker wie Bruno Walter, Arnold Schönberg, Oscar Strauß, Korngold, der Regisseur Max Reinhard, viele hervorragende Ärzte, die die USA mit der modernen Psychoanalyse und Schocktherapie Freuds und Wagner-Jaureggs, mit der modernen Wiener Chirurgie usw. vertraut machten. (Bekanntlich starb Joseph Roth schon in Paris und Stefan Zweig wählte in Südamerika den Freitod.) Diese Kapazitäten machten die USA mit Grillparzer, Stifter, Raimund, Nestroy, Hofmannsthal usw. bekannt, deren Ansehen vielfach über Amerika in aller Welt im Wachsen ist. Mozart, Haydn, Strauß, Bruckner,

Brahms, Mahler kamen in Mode und wurden als — Österreicher erkannt und verstanden. Ein klarer Trennungsstrich zwischen österreichisch und deutsch zeichnet sich ab. Wien wird als Musikhauptstadt der Welt begriffen und ihr Rang als überragendes mitteleuropäisches Kulturzentrum ist unbestritten. Die geographische Mittelmacht Österreich wird als kulturelle Großmacht anerkannt. Auch die von den alle Hochschulen überschwemmenden deutschen Geschichtsbüchern vorher restlos beherrschte Geschichtsschreibung in den USA beginnt die Bedeutung der politischen Geschichte Alt- und Neuösterreichs zu ahnen. Prinz Eugen, Maria Theresia, Joseph II., Metternich und die zivilisatorische Leistung der Monarchie wird vom längst überholten „Völkerkerker-Mythos“ abgelöst, der so viel Unheil über alle kleinen Völker brachte. Österreich, das sich gegenwärtig in tief deprimierendem Parteigezänk lähmt und verkleinert, gilt seit 1938 als „kleine Großmacht“, deren kultureller Einfluß auch auf die westlichen Großmächte nicht hoch genug anzuschlagen ist. Es läge in der Macht unserer politischen Größen, diese Wertdevise gewinnbringend zu nützen, nicht allein auf dem Sektor der Fremdenverkehrswerbung, die bei uns mancherorts noch immer in den Kinderschuhen steckt und ganz einseitig orientiert scheint. Begegnet man doch in den Alpen sehr vielen Gästen, die alles Österreichische bekritteln, aber immer weniger Holländern, Franzosen, Engländern oder gar Amerikanern. Diese sind durch das Werk des Bundesverlages vielleicht besser als durch die herkömmliche Fremdenverkehrswerbung über die geistigen Werte Österreichs informiert worden.

Neues Verfahren gegen Siller?

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Salzburg hat das Landesgericht Salzburg ein neues Verfahren gegen den 63jährigen Steinhauer und ehemaligen SS-Unterscharführer Anton Siller aus Scheffau bei Golling eröffnet. Siller verbüßt derzeit in der Strafanstalt Garsten eine siebenjährige Kerkerstrafe, zu der er im April dieses Jahres von einem Salzburger Geschworenengericht wegen Mordes an Juden in zwei Fällen rechtskräftig verurteilt worden ist. Die Taten hatte Siller in den Jahren 1942/43 im damals besetzten Polen verübt.

Auf Grund von Veröffentlichungen über diesen Prozeß in israelischen Zeitungen haben sich neue Zeugen gemeldet, die dem ehemaligen SS-Unterscharführer bisher unbekannte Greuelthaten im Lager Janovska vorwerfen. Diese Zeugen sollen nun auf dem Rechtshilfsweg vernommen werden. Erst dann wird entschieden, ob sich Siller ein zweites Mal vor einem Geschworenengericht verantworten muß.

Im Ehrenkleid begraben

Edmond Michelet, Unterrichtsminister in der französischen Regierung Chaban-Delmas, der im Alter von 71 Jahren an einem Herzschlag verstorben war, wurde, seinem Wunsche gemäß, in seinem gestreiften Sträflingsanzug beigesetzt, den er im Konzentrationslager Dachau so lange getragen hatte. Neben der fast vollständig erschienenen Regierung waren 400 überlebende Kameraden von Edmond Michelet aus den Dachauer Leidenstagen erschienen, um dem verstorbenen Lagergenossen die letzte Ehre zu erweisen. Auch sie trugen alle das berüchtigte Kleid der Konzentrationslager-Insassen.

100 JAHRE
1869 – 1969

DAS ÖSTERREICHISCHE
PREBLAUER
HEIL-UND TAFELWASSER
so rein wie die Natur es schenkt

für Ihre Gesundheit!

Oberkärntner Molkerei Villach-Spittal

reg. Gen. m. b. H.

Brauhausgasse 11

9500 Villach

Seehotel Werzer Astoria

PÖRTSCHACH AM WÖRTHER SEE

9210 PÖRTSCHACH, KÄRNTEN

Kardinal Schwarzenbergsches Öffentliches Krankenhaus

Schwarzach — St. Veit

Hotel Central

R. & M. Bachbauer

Bad Hofgastein

Haus mit allem Komfort

Allgemeines Krankenhaus der Schwestern vom hl. Kreuz

Grieskirchner Straße 42

Wels

Oberösterreich

Wenn in Salzburg, dann in die

Stiftskellerei ST. PETER

(Peterskeller)

seit dem Jahre 1044 bestehende Gaststätte

und zum

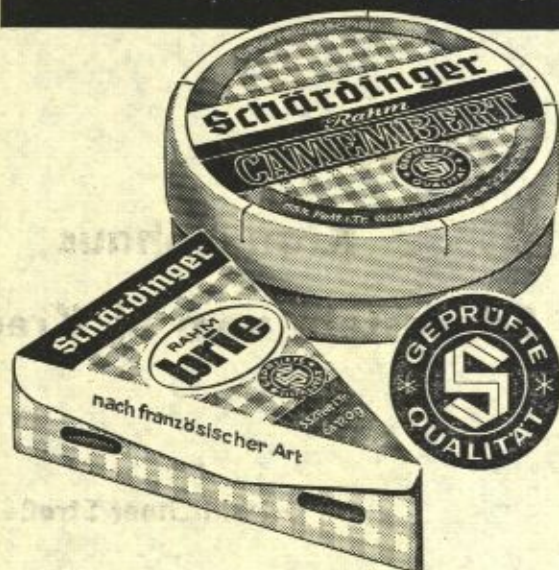
Berggasthof-Pension

Daxlueg

am Heuberg (750 m)

Herrliche Stadt- und Bergsicht, vorzügliche
Küche, Eigenbauweine

Schärdinger



Für Schäringer ist Qualität einfach selbstverständlich! So selbstverständlich, daß die neuen Schäringer-Käse-Packungen das rote Prüfseal tragen. Schäringer-Qualität kann man jetzt gleich auf den ersten Blick erkennen, noch bevor man sie schmeckt —

ein guter Grund, Käse zu essen!

NIEDERLASSUNG WIEN

DIE ZUCKERFABRIKEN ÖSTERREICHS

BRUCKER ZUCKERFABRIK

Gesellschaft m. b. H.

1041 Wien, Theresianumgasse 23

ENNSER ZUCKERFABRIKS-AKTIENGESELLSCHAFT

1010 Wien, Heßgasse 6

HOHENAUER ZUCKERFABRIK

der Brüder Strakosch

1037 Wien, Am Heumarkt 13

LEIPNIK-LUNDENBURGER

ZUCKERFABRIKEN AKTIENGESELLSCHAFT

1013 Wien, Börsegasse 9

SIEGENDORFER ZUCKERFABRIK

Conrad Patzenhofers Söhne

7012 Siegendorf/Bgld.

TULLNER ZUCKERFABRIK AKTIENGESELLSCHAFT

1014 Wien, Schauflergasse 6

Fabrik: 2460 Bruck a. d. Leitha, NÖ

Fabrik: 4470 Enns, OÖ

Fabrik: 2273 Hohenau a. d. March, NÖ

Fabriken: 2263 Dürnkrut, NÖ, und
2285 Leopoldsdorf im Marchfeld, NÖ

Fabrik: 7012 Siegendorf, Bgld.

Fabrik: 3430 Tulln, NÖ

HOTEL **POST**

BAD ISCHL, AUSTRIA

Altes erstes Haus am Platz — jeder Komfort

Telefon 34 41, 34 42, 35 41

Telegramm-Adresse: Posthotel Bad Ischl

Besitzer und Leiter: FAMILIE KOCH

Erziehungsanstalt
für schwachbegabte Kinder

Leitung des Pius-Institutes

Bruck a. d. Mur

FRANZ STUMMER

Hamburger Garage

Wien V,
Hamburgerstraße 15
Tel. 57 72 81

Thermalheilbad und Kurort

BAD SCHALLERBACH

Oberösterreichs meistbesuchter Fremdenverkehrsart empfiehlt sich zu allen Jahreszeiten gegen alle *rheumatischen Erkrankungen* und zu *Erholungskuren*.

Einzel-, Gesellschafts- und Unterwassergymnastikbäder in ständig strömendem Schwefelthermalwasser.

Großes Thermalfreibad mit 3 Schwimmbecken (30° C).

Auskünfte und Prospekte: Kurverwaltung
A-4701 Bad Schallerbach, Tel. 07249/278.

GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER

Spezial-Bräu

-Brauerei-AG

Leoben-Göss,
Steiermark

OTTO SCHACHINGER

GROSSFLEISCHHAUEREI

WURSTFABRIK

ROTENSTERNGASSE 12

1020 WIEN

TELEFON 24 32 23, 55 63 99

FUHRWERKSUNTERNEHMUNG

MINERALÖLTRANSPORTE

Franz Stummer

Wien V, Hamburgerstr. 15, Telefon 57 72 81

ERHART MASCHKE



... für viele
die beste

ING. ERICH REIMER

1070 Wien, Sigmundsgasse 16, Telefon 93 5443

Installationsunternehmen für
Heizungen, Rohrleitungsbau,
Ölfeuerungs- Gas- und Wasseranlagenbau

Ein Besuch bei Möbel-Trinkl lohnt sich

FILIALEN:

WIEN X

LAXENBURGER STRASSE 23

TELEFON 64 22 09

WIEN XXI

FLORIDSDORFER HAUPTSTRASSE 26

TELEFON 37 61 47

MÖBEL-TRINKL

WIEN XX

JÄGERSTRASSE 59-63

TELEFON 33 21 26, 23 31 40

GROSS-KONDITIONEIRE

Karl Nahodil

PHORUSGASSE 14
1040 WIEN
TELEFON 57 93 59

Robert und Walter Ziegler

Samenhandlung Samenzucht

Hauptgeschäft: 1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 11

JOSEF EBERLE

Offset-, Stein- und Buchdruckerei

Schottenfeldgasse 36—38, Wien VII
Telefon 933642, 931444, 934754

schaffler & co

Fabrik elektrischer Apparate
und elektrischer Zünder
Wien 15/105,
Sturzgasse 34

OKA

Großhandel für

Bau- und Industriebedarf

KARL BREYER

Wien 7, Kirchengasse 41, Tel. 932541 – 44



j. jolles studios

wiener
stick-kunst-
werkstätten
wien 7,
andreasgasse 6